

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publications-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Kleinzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 140

Dienstag, den 17. Juni 1924.

48. Jahrgang

Das ist das Ergebnis.

Von Dr. Friedrich Eberling, M. d. R.

Marx im Banne der Marxisten, das ist das Ergebnis. In diesem Ergebnis liegt keine Aenderung und keine Befreiung. Wohl aber die unabsehbare Gefahr, daß die Behandlung der Sachverständigen-Gutachten, die über Zukunft und Freiheit Deutschlands entscheidet, in einem Sinne geschieht, der für das erwachende Volk und für die nationale Wählererschaft unerträglich ist. Deshalb müssen die 14 Tage während deren der Reichstag noch ausgeschaltet ist und die Regierung Marx-Stresemann freie Hand zu verhängnisvoll heimlicher Arbeit hat, genutzt werden, das Volk darüber aufzuklären, daß es getäuscht und betrogen worden ist: Betrogen um den Erfolg seiner Wahlen, getäuscht durch ein erschickenes Vertrauensvotum.

Betrogen um den Erfolg der Wahl! Wenn der 4. Mai, der zwar einem Bürgerblut fast die Zweidrittelmehrheit sicherte, der aber eine glatte Mehrheit der Rechten leider nicht ergab, wenn der 4. Mai ein klar bewies, so war es die Ablehnung des Kabinetts Marx-Stresemann. Die sogenannten „Mittelparteien“ lehnten mit nur 133 Mandaten zurück, aber ihre Minister mit dem offenbaren Willen, an die Armlehnen ihrer Sessel geklammert weiter zu regieren und weiter zu „erfüllen“. Von der persönlichen Unempfindlichkeit, die bei Herrn Marx mehr überraschte als bei Herrn Stresemann, wollen wir nicht reden — das Volk hat dafür ein feines Gefühl. Aber daß die Sozialdemokratie, die gleichfalls schwer angeschlagen zurückkam, dies Kabinett möglich gemacht hat, daß alles, was Herr Marx unternimmt, im Schatten des Marxismus geschieht, daß heute noch, trotz des 4. Mai noch, mittelbar durch Herrn Marx und Stresemann — die Müller und Scheidemann ohne Verantwortlichkeit regieren (denn sie sitzen nicht im Kabinett), aber mit ganzem Anteil am Geschäft (denn sie werden ihre Rechnung schon präsentieren) — das muß unser betrogenes Volk mit aller Deutlichkeit hören und erfahren.

Eine Minderheitsregierung widerspricht an sich schon dem demokratischen Mehrheitsgedanken. Aber die Minderheitsregierung einer so durch Wahlniederlage geminderten Mehrheit ist eine Herausforderung. Daß in der Deutschen Volkspartei das Gefühl dafür lebendig ist und laut wird, weiß auch Herr Stresemann. Die Konsequenzen hat für seinen Teil bisher nur der Abgeordnete von Kemnitz gezogen, der sich mit sachlich durchschlagender Begründung den Schritt zu der in ihrem Recht gekränkten Rechten vollzog. Besondere Bedeutung erhält dieser Schritt dadurch, daß die drei Fraktionen um Herrn Marx, selbst vermehrt um die 100 Marxisten, nicht einmal mehr die Mehrheit von 238 Stimmen aufweisen. Gerade die Stimme des Herrn von Kemnitz fehlt daran. Wir begrüßen Herrn von Kemnitz in unserer Mitte, ihn und die Folgenden. Sie sind der lebendige Beweis für die parteipolitischen Erfolge, die Herr Stresemann, die nachher gerade unbeliebteste Figur auf der politischen Bühne, seinen außenpolitischen „Erfolgen“, die er mit Parteireden zu verschleiern sucht, und seinen innenpolitischen „Erfolgen“, die ihm die Wahlen quittierten, hinzuzufügen weiß.

Die Erinnerung an den Sturz von Cuno steigt auf, wenn wir jetzt von Herrn Marx vernehmen müssen, daß die Person des Herrn Stresemann einen Grund zum Scheitern des Bürgerblocks bilde. Denn bedeutete es schon eine weitgehende Selbstentäußerung für die deutsche nationale Fraktion, sich einem Kabinett des Herrn Marx einzugliedern, gegen dessen Regierung der Wahlkampf geführt wurde, der mit Herrn Stresemann in diesem Wahlkampf durch unverantwortliche Beeinflussungsmanöver eingriff und während des Wahlkampfes im Angesicht der Feinde den Pommeren und Bayern französische Befragung auf den Hals wünschte, so war und bleibt Herr Stresemann als Minister für uns untragbar und unerträglich. Herr Marx hätte es empfinden müssen, er hätte auch für seine Person den Auftrag zur Kabinettsbildung ablehnen müssen, mit dem Herr Ebert gegen jedes parlamentarische Herkommen verstoßend und seine überparteiliche Stellung verlassend, die Führer der Rechten übergab. Keinesfalls aber durfte er, wie er jetzt eingesehen hat, vier Wochen lang die Rechte täuschen, indem er Forderungen aufrechterhielt, die bei den Verhandlungen als erledigt galten.

Der Betrug des Volkes um den Erfolg der Wahlen ist von der ämtlichen und jüdischen Presse, die ja weitgehend die ihre gleichen sucht. Wo immer ein führender Name auftaucht, wurde er mit raffiniert zusammengestellten Aufstellungen des Auslandes discreditiert — ein Beweis, daß nach Ansicht der jetzt Regierenden ein deutscher Minister das Agreement der Feinde braucht. Gegenüber dem Gedanken des Bürgerblocks brachte der journalistische Zwischenhandel eine Fülle

feindlicher Pressestimmen; man hat sich, um es rund heraus zu sagen, zur Wiederherstellung dieses Kabinetts der Bundesgenossenschaft der feindlichen Presse bedient. Die Spuren dieser geschickten Wählerarbeit, mit der man die ehrliche Wählerarbeit erfolglos machte, führen in die Pressestelle der Reichsregierung, deren Leiter, ein Zentrumsjournalist aus dem Kreise Erzberger-Wirthsches „Germania“, die Verantwortung mit zu tragen hat. — Was die Juden im feindlichen Ausland schrieben, druden die Juden drinnen in Fettdruck nach. Die Demokratie, die geschlagene aller Parteien, hat unter Mißachtung des demokratischen Gedankens sich so eine Macht erhalten, deren Umfang daraus zu entnehmen ist, daß gerade die Aemter, die bei Durchführung der Gutachten wesentlich sind — das Verkehrsministerium verbunden mit der Generaldirektion der Eisenbahn und das Reichsbantpräsidium — sich in demokratischen Händen befinden.

Dieses Kabinett hat eine ungeheure historische Verantwortung zu tragen. Denn es hat in entscheidender Stunde entgegen den Wahlen den Bürgerblock verhindert, den Rud nach rechts ignoriert und das deutsche Volk um den Erfolg seiner Wahlen betrogen.

Seine erste Tat — auch das muß die Wählerchaft klar erkennen — war ein erschickenes Vertrauensvotum. Von sich aus die Vertrauensfrage zu stellen, fühlte sich das Kabinett mit Recht zu schwach. Den Mißtrauensvoten von rechts und links und dem Vertrauensvotum, mit dem die Freiheitspartei Klarheit erzwingen wollte, begegnete man mit dem unehrlichen Antrag auf „Uebergang zur Tagesordnung“, dem ein halbes Vertrauensvotum angehängt war. Als, um diese Finte zu parieren, die Deutschenationalen auch ihrem Mißtrauensvotum und Herr Graefe auch seinem Vertrauensantrag das Verlangen auf Uebergang zur Tagesordnung vorstellten, leistete sich Herr von Kardorff das geschäftsordnungsmäßige Kabinettsstud („Kabinettsstud“ in dem unerspreulichen Sinne, den jetzt das Kabinett hat), indem er den Uebergang zur Tagesordnung über das Vertrauensvotum beantragte. Man wußte, daß die Sozialdemokratie, die Regierungspartei außerhalb der Regierung, gegen das Mißtrauensvotum stimmen würde, aber nicht für das Vertrauen. So brachte denn das Kabinett Marx-Stresemann nur ein abgelehntes Mißtrauensvotum heim und ein halbes Vertrauensvotum und damit den Beweis, daß es kein Vertrauen genießt. Den Beweis, daß es kein Vertrauen verdient, hat es schon vor den Wahlen gegeben. Die Hoffnung, daß es ohne Vertrauen regieren dürfe, muß eine deutliche Opposition ihm zuschanden machen, ehe die deutsche Zukunft zuschanden geht.

Marx im Banne der Marxisten.“ Das ist das Ergebnis. Unsere Wähler sind betrogen um den Erfolg der Wahl; sie sind durch ein erschickenes Vertrauensvotum getäuscht. Aber wir wollen verhindern, daß aus den Getäuschten Enttäuschte werden. Wir rufen unsere Wähler auf, sich nicht müde machen zu lassen durch ein Ergebnis, in dem der Parlamentarismus der Revolution seinen, hoffentlich letzten, Triumph feiert. Für uns heißt jetzt die Parole: Nicht Resignation, sondern Opposition!

Der Kurs bleibt der alte.

Weshalb Rollet Kriegsminister wurde.

Daß Herriot zum Kriegsminister seines angeblichen „Versöhnungskabinetts“ ausgerechnet den General Rollet ernannt hat, hat anscheinend solche Verblüffung erregt, daß sich Herriot veranlaßt sieht, in einer vom Matin veröffentlichten Erklärung die Ernennung Rollets wie folgt zu begründen:

Die Kompetenz des Kriegsministers General Rollet ist unumstritten. Rollet ist der Mann, der in der ganzen Welt die militärische Lage Deutschlands am besten kennt. Ich wünsche, daß man seiner Erhebung zum Kriegsminister die wahre Bedeutung beimißt. Deutschland ist im Begriff, eine ähnliche Operation zu vollziehen, wie nach dem Frieden von Tilsit im Jahre 1806. Es instruiert seine Jugend auf einer breiten Grundlage für den Militärdienst, und zwar vor allem durch das Mittel der angeblichen Turnvereine. Mein Ministerium wird Deutschland gegenüber eine verständliche Politik (?) betreiben. Wir sind vom besten Willen (?) befeelt. Wir werden alles tun, um der jungen deutschen Demokratie zu helfen. Der Reaktion und den Nationalisten gegenüber werden wir aber eine unerbittliche Strenge an den Tag legen. Der deutsche Nationalismus wird hier jemand finden, mit dem er zu rechnen haben wird, denn wir haben nicht nur die Rechte Frankreichs zu wahren, sondern auch die Rechte der Demokratie in der ganzen Welt.

Die Erklärung hat in den Pariser Rechtskreisen sehr beruhigend gewirkt. Man weiß jetzt: In Bezug auf Deutschland bleibt der Kurs der alte. Jedenfalls wird man bei uns

in Deutschland gut tun, die Hoffnungen auf das Kabinett Herriot auf ein Minimum herunterzuschrauben.

In Kabinettsitzungen, die am Sonntag und Montag stattfanden, wurde über das Regierungsprogramm beraten. Angeblich soll

die Regierungserklärung

etwa folgendes bejagen:

Herriot wird seine Außenpolitik auf dem Frieden durch die Entente der Völker aufbauen. Dazu will er besonders die Befugnisse des Völkerbundes erweitern und auch der Frage der Zulassung Deutschlands und Rußlands zum Völkerbund näher treten. Die rückhaltlose Anerkennung des Sachverständigenberichtes bildet für ihn den Angelpunkt seiner Politik gegenüber Deutschland.

Wie seine Partei stets die Politik Poincarés bekämpft hat, da sie zur diplomatischen Isolierung Frankreichs führte, und die Befestigung und Erpressung von Territorien anderer Völker im Widerspruch zu allen Verträgen und Bestimmungen steht, wird Herriot auch in der Regierungserklärung ganz ausführlich diese Politik Poincarés behandeln. Aber er wird es für unmöglich bezeichnen, die Ruhr zu räumen, bevor die vom Sachverständigenbericht vorgeschlagenen Pfänder vertraglich festgelegt und den internationalen Organisationen überliefert sind. In gleicher Weise soll auch die Militärkontrolle in Deutschland fortgesetzt werden. Keine grundlegende Aenderung, sondern höchstens ein Wechsel in der Methode.

Im übrigen enthält die Regierungserklärung folgende Programmpunkte:

Innenpolitik: Verkürzung der Militärdienstzeit durch eine Reorganisation der Armee; Wiedereinstellung der im Jahre 1920 von Millerand entlassenen Eisenbahner.

Finanzpolitik: Aufhebung der Verordnungsgesetze; Aufnahme einer genauen Inventur der französischen Finanzen; scharfe Unterdrückung des Steuerbetruges; genaue Durchführung der Einkommensteuer; Aufrechterhaltung der Staatsmonopole; Wiedereinführung des Zündholzmonopols.

Sozialpolitik: Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterorganisationen; Achtung des Achtungstages und der gewerkschaftlichen Rechte; rasche Durchführung der Versicherungsvorschläge; Anerkennung der Beamtengewerkschaft.

Es besteht kein Zweifel, daß Herriot sowohl in der Kammer wie im Senat eine beträchtliche Mehrheit bei der Abstimmung über seine Regierungserklärung erreichen wird. In der Kammer rechnet man mit 120 bis 140 Stimmen Mehrheit. Die Mehrheit der Kammer wird alles daran setzen, die Regierungserklärung vor Sonnabend zur Abstimmung zu bringen, damit Herriot seinem Wunsche gemäß den Sonnabend und Sonntag frei hat, um seine Zusammenkunft mit Macdonald zu verwirklichen.

Darf Deutschland sich nicht verteidigen?

London, 16. Juni. „Times“ hebt die Bedeutung der vor der Pariser Presse abgegebenen Erklärung Herriots über die Ernennung Rollets zum Kriegsminister hervor. Auch „Daily Mail“ unterstreicht die Bedeutung der Worte Herriots an Deutschland. Gleichzeitig läßt sich „Daily Mail“ von jenem Pariser Berichterstatter melden: Rollet sei nicht der Ansicht, daß Deutschlands militärische Stärke zurzeit der Aufgabe einer großen Offensive nach Westen oder Osten gewachsen sei. Deutschland könne aber in sechs Monaten stark genug sein, um einen kräftigen Verteidigungskrieg in Aussicht zu nehmen. Der Berichterstatter will erfahren haben, daß Herriot in England die Frage der alliierten Aktion zur Kontrolle der deutschen Abrüstung unter den ersten Verhandlungspunkten erörtern wolle. „Daily News“ hält es für sehr wahrscheinlich, daß Herriot als wesentliche Bedingung für die Zurückziehung der französischen Truppen das Angebot einer wirksamen Sicherheitsgarantie für Frankreich unter der Bedingung des Völkerbundes vorlegen wird.

Eine Rede Stresemanns.

Schuldfrage und Gutachten.

In einer in Karlsruhe abgehaltenen Versammlung sprach der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann über die politische Lage. Ausgehend von der Veröffentlichung einer neuen Serie der Altenpublikation des Auswärtigen Amtes, die den Beweis dafür erbrachten, wie Deutschland, im Besitze der stärksten Armee der Welt, seinen Einfluß nur von dem Gesichtspunkt aus in die Wage warf, Europa und der Welt den Frieden zu erhalten. Nach Abschluß der Veröffentlichungen, sei es Zeit, auf Grund dieser Gesamtdarstellung der deutschen Politik die Forderung an die anderen Mächte zu

richten, auch ihrerseits die Archive zu öffnen, um so die Grundlage für eine unparteiische Erörterung der Schuldfrage zu schaffen. Volk und Regierung müssen diesen Kampf gemeinschaftlich führen.

Bei seinen Darlegungen über das Sachverständigen-Gutachten sagte er: Heute sehen wir einen Zusammenbruch der Wirtschaft im besetzten Gebiet durch

die Erpressung der Ricumverträge,

die ungeheure Belastung des Reiches durch die Besatzungskosten und die Reparationsabgabe. Wir sehen zwölf Millionen Deutsche ohne politische Freiheit, ohne Rechtsicherheit und ungeheurer materieller, politischer und seelischer Bedrückung ausgeliefert. Wir stehen heute trotz der durch unsere Zahlungsunfähigkeit veranlassenen Aussetzung der normalen Reparationsleistungen vor einer Jahresleistung von über 1 Milliarde Goldmark. Gegenüber der Behauptung Poincarés, daß Deutschland zahlen könne, aber nicht zahle, steht die Behauptung des Sachverständigen-Gutachtens, daß Deutschland gegenwärtig aus seinem Budget nicht zahlen dürfe, weil es dann seine Währung ruinieren würde. Damit fällt jeder Vorwand für die Ruhrbesetzung zusammen. Soll das Gutachten die Lösung der Reparationsfrage sein, dann ist es auch das Ende aller Methoden, die während des Ruhrkampfes als Kriegsmethoden angewandt worden sind. Der neuen französischen Regierung müsse man ohne Illusionen, aber auch ohne Vorurteile gegenüberstehen. Unsere Aufgabe ist es, einen Weg zu finden, der das Nebeneinanderleben von Frankreich und Deutschland sicherstellt, die auf friedlichen Zusammenleben angewiesen sind, und vielfach wirtschaftlich und finanziell vor den gleichen Problemen stehen.

Der Unterausschuß des Ständigen Ausschusses des Landtages beschloß, wie bereits kurz gemeldet, die Hauszinssteuer vom 1. Juli ab auf 500 Prozent und vom 1. Oktober ab auf 600 Prozent festzusetzen. Ein Zuschlagsrecht für die Gemeinden, die ebenfalls noch 100 Prozent erheben sollten, wurde abgelehnt. Es wurde ferner abgelehnt ein Antrag, wonach für die Dauer der Hauszinssteuer die gesetzliche Miete nicht über den Stand vom 1. 4. 1924 erhöht werden dürfe.

Man war allgemein der Ansicht, daß aus der Wohnungsnot und Wohnungszwangswirtschaft eine allmähliche Angleichung an die Friedensmiete herauskommen würde, um so mehr, als auch vom 1. Januar 1925 ab die Verzinsung der ausgewerteten Hypotheken wieder eintritt. Für die kleineren Häuser wurde insofern eine Ermäßigung beschlossen, als bei einem Friedensmietwert von 4 Prozent eine Herabsetzung der Steuer eintreten kann. Ein Deutschnationaler Antrag, wonach der Besitzer im Falle Nichtzahlung der Hauszinssteuer durch die Mieter als Steuerschuldner befreit würde, wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und des Zentrums bei Stimmenthaltung der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Der Finanzminister gab aber die Erklärung ab, daß für den Fall der Nichtzahlung der Steuer durch den Mieter dem Hausbesitzer die Zahlung der Steuer gestundet und erlassen werden sollte.

Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Deutschen Volkspartei wurde auch der demokratische Antrag angenommen, wonach vom 1. 10. ab die landwirtschaftlichen Gebäude der Hauszinssteuer in Höhe von 600 Prozent unterliegen. Gegen diesen Antrag stimmten nur die Deutschnationalen und das Zentrum. Es wird aus dieser Steuer eine Mehreinnahme von rund 20 Millionen Mark im Jahre erwartet.

Wenn der Beschluß, wie zu vermuten, vom Landtag angenommen wird, so bedeutet er eine Erhöhung der Miete um etwa 4 v. H. der Friedensmiete.

Pflicht.

Erzählung von Elise Kraft.

4 Fortsetzung.

(Nachdruck verboten)

„Ich fürchte, Sie werden hier nicht mehr lange bleiben können, mein sehr verehrtes Fräulein,“ meinte er bekümmert. „Erstens wäre das wohl zu schrecklich für Sie in Ihrer jetzigen Lage, und zweitens möchten Sie gewiß lieber bei Menschen sein, die es gut mit Ihnen meinen.“

Gerda sah ihn erstaunt an. Vor dem alten, vertrauten Gesicht erwachte allmählich der achtsame Wille wieder.

„Warum? Ich gehöre doch hierher. Glauben Sie deshalb, weil mir das Fräulein gekündigt hat? Nun — es gibt mehr Hausdamen.“

Er schüttelte den Kopf.

„Daß Sie so wenig Ihres Vaters Tochter sind, ist gut und böse zu gleicher Zeit,“ meinte er beklommen. „Den klaren Geschäftsblick und den praktischen Sinn hätte er Ihnen wohl hinterlassen können. Jetzt wird das große Unglück doppelt schwer auf Ihnen lasten, armes Kind.“

Gerda schob das Blut ins Gesicht. Sie hob den Kopf noch ein wenig höher.

„Ich versichere Sie, Herr Geheimrat, daß ich mich alt genug fühle, um selbständig über alles bestimmen zu können. Wenn Sie mir einen Gefallen tun wollen, so schaffen Sie mir diese fremden Menschen vom Hals, die meines Vaters guten Namen antasten und an seiner Ehre rühren wollen. Meinem Wegem folgen Sie jene Mäuler mit Gold. Darauf hinaus läuft doch wohl alles, auf Vettelei! Ich bin wahrhaftig nicht geizig als meines Vaters Tochter.“

Der alte Herr mußte vor diesem naiven Stolz leise lächeln. Er wurde jedoch sogleich wieder ernst, stand von seinem Stuhle auf und nahm eine von Gerdas kalten Händen in die seine.

„Es ist nicht alles Gold da, Kind, verstehen Sie mich denn noch immer nicht? Ihr Herr Vater hat gewagte Spekulationen gemacht, hat Gut und Haus verloren, lange, lange schon! Er hat — ich kann Ihnen das nicht alles auseinanderlegen, wenn Ihnen die anderen das nicht schon erzählt. Ich möchte Ihnen auch gerne dies geschäftliche, unglückliche Resultat ersparen. Sie können nichts daran ändern, weil — er stockte, als er ihr Gesicht sah.

„Weil?“ fragte sie flüsternd.

„Weil Ihnen nicht einmal der Stuhl gehört, auf dem Sie sitzen, weil alles — er sprach nicht weiter.“

Gerda war aufgesprungen und hatte die Hände vor das Gesicht geschlagen.

Als der Herr weiter sprechen wollte, schüttelte sie ablehnend den Kopf und war im nächsten Augenblick von ihm fort aus dem Zimmer gelaufen.

Die bittere Erkenntnis hatte das verwöhnte Mädchen wie ein Schlag getroffen.

Hausbesitz gegen Regierung.

Fort mit der Wohnungszwangswirtschaft!

In Frankfurt a. M. fand im Schumann-Theater die große öffentliche Versammlung des Preussischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine statt. Die Sitzung nahm zuzeiten einen äußerst stürmischen Verlauf. Man war sich einig in der Verurteilung der jetzigen Wohnungspolitik der Regierung. Die Staatsrestriktion, die im Kampf mit dem Führer des Verbandes, dem Abgeordneten Labendorff, liegen, waren nicht vertreten.

Der erste Referent, Generalsekretär Dr. Frank-Berlin, verbreitete sich über die den Haus- und Grundbesitz betreffenden Teile der dritten Steuernotverordnung. Er verwahrte den Hausbesitz gegen den Vorwurf der böswilligen Verdrängung auf Kosten des Hypothekengläubigers. Schuld an der Gefährdung dieser Gläubiger sei die nicht zu verantwortende Politik, die die Regierung während der Inflationszeit auf dem finanziellen Gebiete getrieben habe. Hier liege der Grund für die Ausplünderung und Verarmung des deutschen Volkes. Das, was der Hausbesitz in dieser Zeit verloren habe, sei weit mehr an Wert als eine reguläre zweite Hypothek. Der Redner wandte sich dann scharf gegen die bisherige Wohnungspolitik der Regierung, die das Ziel habe, den deutschen Hausbesitz zu zerstören, das Privatkapital zu vernichten und auf dem Schutthaufen den sozialistischen „Freiheitsstaat“ zu errichten.

Rechtsanwalt Dr. Walter-Berlin brachte ein vom Volkswohlfahrtsministerium an den Abgeordneten Labendorff ergangenes Schreiben zum Vortrag. Der Minister erklärt, daß er, solange ihm nicht genügend erscheinende Gegenerklärungen gegeben worden seien, den Abgeordneten Labendorff nicht mehr empfangen werde, daß er seinen Beamten verboten habe, in dienstlichen Angelegenheiten mit dem Abgeordneten zu verhandeln, und daß er zu Verhandlungen in dem Ministerium nicht mehr zuzuziehen werde. Tagungen, denen Labendorff vorstehe, würden vom Ministerium nicht mehr befohlen werden. Unter brausendem Beifall erklärte Dr. Walter, die Sache des Vorsitzenden sei Sache der Verbandsmittelglieder.

Abg. Labendorff gab dann nochmals eine Erklärung ab, in der er betonte, er sei bereit, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten für alles, was er gesagt habe.

In einer sodann einmütig angenommenen Entschließung erklärt der Verband seine Entrüstung über das Schreiben des Ministers. Die Erklärung des Abg. Labendorff habe die Versammlung voll befriedigt. Die Ueberbannung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen werde als das größte Verbrechen in der nachrevolutionären Zeit erachtet. Dem Abg. Labendorff wird vollstes Vertrauen ausgesprochen.

Der Fall Graff.

Verhandlungen vor dem Stettiner Schwurgericht.

Vor dem Stettiner Schwurgericht begann am Montag der Prozeß gegen die ehemaligen Schupo-Beamten Kawes, Schwirrat und Engeler, denen zur Last gelegt wird, den belgischen Leutnant Graff ermordet zu haben.

Am 20. März wurde im unbefestigten Gebiet der deutsche Schutzpolizist Chmielewski von dem belgischen Polizeiagenten Schmitz getötet. Der Belgier wurde vom belgischen Gericht in der ersten Instanz zu einem Jahr Gefängnis und zu Geldstrafe verurteilt. Diese Strafe wurde in der Berufungsinstanz auf sechs Monate Gefängnis ermäßigt. Zwei Tage nach der Erschießung des Chmielewski, am 22. März 1922, wurde

In den nächsten Tagen wartete Gerda. Worauf, wußte sie selber nicht ganz genau. Sie ordnete nichts im Hause und ruhete nichts an. Nur ein paar ihr vertraute Gegenstände aus ihrem Zimmer hatte sie sich in ein Kofferchen verpackt, Andenken und persönliche Erinnerungen an liebe Menschen.

Die Hausdame redete fortwährend auf sie ein. Jedes Wort traf das verzweifelte Mädchen wie ein stechender Schmerz. Es wußte jetzt ganz genau, woran es war, man brauchte ihr das täglich, stündlich nicht stets von neuem erzählen, daß sie arm sei, daß sie nun gewiß selber Geld verdienen müsse in einem fremden Hause.

Gerda schauderte, wenn sie an so eine Möglichkeit dachte. Und heimlich wartete sie einen Tag, zwei und drei nach der Beerbigung des Vaters.

Einer von allen, einer von den vielen reichen, intimen Freunden des Hauses würde doch sicher kommen und sie fort-holen in sein gesichertes Heim, in ein Leben, das sie gewohnt war von Kindheit auf. Einer mußte doch kommen, wenn er wahr gesprochen hatte, als der Vater noch lebte und wenn er ein Ehrenmann war.

Hauptmann von Platen!

Er kam auch. Am dritten Tage schickte er seine Karte in Gerdas Zimmer und wartete im Salon auf sie.

Sie wußte kaum, wie schnell sie dahingelaufen war. Sie hatte sogar vergessen, in den Spiegel zu schauen. Fremd und verwirrt, mit müde gewinkten, glanzlosen Augen sah sie ihn an. Freute sie sich eigentlich, daß er gekommen war?

Sie wußte es nicht. Sie fror. Ihre Hand war wie Eis, als sie die des Offiziers berührte. Sie hatte nur den einen Gedanken, nun bist du gleich geborgen vor aller Welt und allen Schmähungen, jetzt wiederholt er seine Werbung offiziell, von der er so oft in frohen Stunden heimlich gesprochen hatte, in denen er sie förmlich angeheult, ihm endlich zu willfahren.

Er stand ganz ruhig, den Helm steif in der Hand.

„Das war mir ein überaus schmerzlicher Weg heute, das müssen Sie mir schon glauben, gnädiges Fräulein,“ meinte er langsam.

„Heimlich wohl mehr,“ dachte Gerda, als sie sein kaltes, glattes Gesicht sah und die formelle Anrede hörte.

Warum er wohl überhaupt noch kam?

„Aber Sie werden begreiflich finden, daß ich unter diesen Umständen an eine beabsichtigte Verbindung zwischen uns nicht mehr denken kann“, setzte er monoton seine Rede fort, die er offenbar gut einstudiert hatte. „Ich brauche eine vermögende Frau, muß als Offizier auch auf tadellose Familie sehen und — er stockte.“

Sie hatte plötzlich gelacht. In ihrem schwarzen Trauerkleide ganz plötzlich gelacht.

„Daß Sie da noch meines Vaters Haus betreten, wundert mich, Herr Hauptmann. Sie hätten sich diesen sauren Weg ersparen können.“

Er murmelte etwas von Schuldigkeit und Freundespflicht.

an der gleichen Stelle, an der die Erschießung des Chmielewski erfolgte, der belgische Leutnant Graff erschossen. Graff ist dabei allem Anschein nach das Opfer einer Verwechslung geworden, denn nicht Graff, sondern Schmitz sollte aus Rache für Chmielewski erschossen werden. Trotzdem der Tatort an sich im unbefestigten Gebiet liegt, haben die belgischen Behörden sich des Falles bemächtigt, und es wurden der Polizeileutnant Reinhardt wegen Anstiftung des Mordes zum Tode, die Polizeiwachmeister Kieble, Klein und Grabert wegen Mordes ebenfalls zum Tode, und der Polizeiwachmeister Termöwer zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. In der Berufungsinstanz wurde dieses Urteil bestätigt, lediglich für Grabert wurden 20 Jahre Zwangsarbeit festgesetzt. Die Verurteilten befinden sich zurzeit im Zuchthaus zu Löwen.

Nach der ganzen Sachlage müssen entweder die vom belgischen Gericht Verurteilten die Täter sein oder die drei vor-erwähnten Personen, die sich jetzt in Stettin zu verantworten haben. Die drei in Stettin verhafteten früheren Schutzpolizisten haben von Beginn der Voruntersuchung bis jetzt erklärt, daß sie die Täter seien. Kawes und Schirrat haben sich am 9. Januar 1923 freiwillig dem Gericht gestellt. Bereits in dem Nachener Verfahren ist von dem belgischen Sachverständigen, dem Obersten Genocaux, festgestellt worden, daß die tödlichen Schüsse auf Graff aus der Pistole des Kawes und des Engeler stammen müssen. Dieses Moment ist aber von dem belgischen Gericht unberücksichtigt geblieben.

Deutscher Evangelischer Kirchentag.

Die Eröffnungssitzung.

Nach der Präsidentenwahl und Ueberweisung der geistlichen Vorlagen an die Ausschüsse hielt auf dem Evangelischen Kirchentag Geheimrat Prof. D. Titius-Berlin den ersten Vortrag über „Evangel. Ehe- und Familienleben und seine Bedeutung für die Gegenwart.“ Durch die wirtschaftliche Entwicklung des letzten Jahrzehnts sei eine schwere Erschütterung des deutschen Familienlebens hervorgerufen worden. Der Redner sprach einer besonnenen Erweiterung der Rechte der Frau und Mutter das Wort, wandte sich aber gegen die Erweiterung der Scheidungsgründe über die bestehenden Grenzen hinaus. Gefordert wurde unter dem religiösen wie unter dem ärztlichen Gesichtspunkt eine entschiedene Bekämpfung der künstlichen Beschränkung der Geburten, sowie der Abtötung des keimenden Lebens.

In der Nachmittags-sitzung kam die soziale Frage zur Verhandlung. Prälat D. Dr. Schöll-Stuttgart hielt den einleitenden Vortrag über den „Evangelischen Berufsgedanken und das Arbeitsleben in der Gegenwart.“ Das Arbeitsleben in der Gegenwart trauerte an der Entseelung und Entchristlichung. Eine Erneuerung komme aus dem evangelischen Berufsgedanken. Aus der sozialen Gesinnung müsse die soziale Tat erwachsen: Eine Regelung der Arbeitszeit, bei der für die Familie, für die Pflege der Seele Raum bleibt, gerechte Entlohnung, Pflege der Arbeitsgemeinschaft trotz dauernd vorhandener Interessengegenstände, Verwerfung des Terrorismus, der Brotlosmachung und Rechtsverkümmern.

Deutsches Reich.

Das Ricum-Abkommen um 14 Tage verlängert. Die Sachkommission hatte sich Sonntag vormittag 11 Uhr nochmals bei der Ricum eingefunden, um die Verlängerung der laufenden Verträge zu besprechen. Die Verhandlungen dauerten mit einer dreistündigen Unterbrechung bis 5 Uhr abends.

ten, sie hörte gar nicht mehr hin. Das war ja fast wie Erleichterung in ihrem Herzen, als er nun wieder gegangen war. Und ja — was war denn das? Wehten nicht von irgendwoher wie ein lieber Gruß zwei Worte gegen sie hin — süß und warm, zwei Worte, die nicht Trug und Lug sein konnten, ja wahr sie ausgesprochen waren vor kaum einer Woche.

„Mädel, geliebtes!“ Gerda wandte sich jäh um. Sie holte sich Hut und Mantel, und als sie das Haus verließ, wuchs die dunkle Sehnsucht in ihrem Herzen.

Auf der Straße hielt in Sturm und Regen eine Equipage, der eine Dame entstieg. Es war die intimste Freundin von Gerdas verstorbener Mutter, eine Baronin Seehausen, die offenbar dem Mädchen einen Besuch abstatten wollte.

Gerda trat ihr mit ausgestreckter Hand entgegen. „Das ist aber sehr liebenswürdig, Frau Baronin, ich lehre sofort um.“

Die Dame schüttelte den Kopf. „Aber nein, das ist mir sehr lieb, daß ich Sie hier dräufken treffe. Ich habe so wie so nur wenige Minuten Zeit.“ Gerdas Hand sank langsam nieder. Sie blieb ohne Schirm im Regen stehen und dachte: „Sie spricht wie eine Fremde. Alle, alle Menschen haben plötzlich ihre Liebenswürdigkeit geändert, ohne daß ich ihnen etwas zuleide getan habe.“

„Wohin gehen Sie? Bitte, wir können hier im Regen nicht stehen bleiben. Nach dem Markt, zu Bekannten? Das ist mir angenehm, mein Wagen muß dort vorüber, weil ich noch zu einer Wohltätigkeitssitzung fahren will. Kommen Sie also, da kann ich Ihnen gleich während der Fahrt meinen Vorschlag machen.“

Sie sprach sehr überstürzt und nervös, gerade so, als ob sie ein Opfer bringe.

Gerda zauberte einen Augenblick. Dann aber, der Sturm blies mit aller Gewalt gegen sie an, stieg sie mit der Dame ein.

„Was gedenken Sie nun zu tun?“ fragte sie rasch. „Dabei Sie nach den schrecklichen Ereignissen schon einmal an Ihre Zukunft gedacht?“

„Nein,“ antwortete Gerda trostlos. „Wozu? Das findet sich alles.“

„So haben Sie gewiß Freunde, Verwandte, bei denen Sie wohnen werden. Ihr Bekanntenkreis war ja immer enorm groß.“

Gerda fühlte, daß sie rot wurde. Ihr war das furchtbar, immer wieder davon zu hören, daß sie so plötzlich ein armes Mädchen geworden. Sie empfand diese Armut noch gar nicht als so etwas Schreckliches, weil sie in der goldenen Fülle des Lebens Geld und Geldwert niemals recht erkannt hatte.

Fortsetzung folgt.

Folgende Uebereinkunft wurde schriftlich festgelegt: „Die am 15. Juni 1924 abgelaufenen Verträge zwischen den deutschen Industriellen und der Ricum sind ohne Aenderung bis zum 30. Juni (einschließlich) verlängert worden.“ weiterhin kamen beide Parteien überein, daß die möglicherweise vom 1. Juni ab zutreffenden neuen Bestimmungen, insbesondere soweit sie die Kohlensteuer, die Lizenz und die Derogations-Taxen, sowie andere in bar zu entrichtenden Abgaben betreffen, rückwirkend ab 16. Juni in Kraft treten.

Reichsfinanzminister Dr. Luther über die Kreditnot. In der in Bad Pyrmont abgehaltenen Versammlung der niederrheinischen Wirtschaftsverbände ergriff Reichsfinanzminister Dr. Luther das Wort und führte u. a. aus: Eine der wichtigsten Fragen ist die Frage der Kreditnot. Wir müssen Auslandskredite haben, um wieder arbeiten zu können. Wenn wir heute in eine Inflation hineingeleiten, dann laufen wir in eine Katastrophe. Der Zahlungsmittelumlauf stellt sich heute auf etwa 3 Milliarden Goldmark, während in der Inflationszeit nur etwa 800 Millionen Goldmark im Umlauf waren. Wir haben also heute mehr Gold im Umlauf, als damals. Der Minister kam dann auf die Rentenmark zu sprechen und erklärte hierzu: Der Grundgedanke führt auf Selbstschick zurück, alles andere hat die Regierung gemacht mit einer Geschwindigkeit, wie sie nicht überboten werden könnte.

Kort mit der Kriegsschuldlüge! Der Aufklärungsausschuß betreffend die Kriegsschuldlüge, ist in Dresden zusammengetreten und hat an die Vorsitzenden sämtlicher Fraktionen des Reichstages ein Schreiben gesandt, in dem es u. a. heißt: Welche Regierung, welche Volksvertretung dürfte es wagen, die Verantwortung auf sich zu nehmen, dem deutschen Volke die neuen Lasten, die aus der Annahme des Sachverständigen-Ratens erwachsen würden, aufzubürden? Käme eine solche Handlung nicht einem unachueuren Volks- und Vaterlandsverrat gleich? Die Aufklärung der Kriegsschuldlüge ist daher von der Beurteilung des Sachverständigen-Gutachtens gar nicht zu trennen.

Aufhebung der Ausreiseperrre beschlossen. Wie wir von ausländischer Stelle erfahren, hat das Reichsministerium in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dem Reichspräsidenten die Aufhebung der Ausreiseperrre von 300 Mark zu empfehlen. Der Reichspräsident hat sich einverstanden erklärt. Der Erlaß einer entsprechenden Verordnung steht bevor. — Offiziöses wird folgende Begründung verbreitet: Das Reichsministerium ging bei seinem Beschluß davon aus, daß die bekannten Gründe, die seinerzeit zur Einführung der Verordnung geführt haben, nämlich die besonders drohende Lage der Währung, zurzeit im gleichen Ausmaß nicht bestehen. Die Verordnung hat aber als unvermeidliche Notmaßnahme ihre Schuldigkeit getan, sie hat besonders bewirkt, daß der Sterbverkehr nach dem Süden, der sonst unerträglich und nach der Art der im Frühjahr Reisenden besonders kostspielig gewesen wäre, abgestopft worden ist. Goldmillionen, die im wesentlichen zu Vermögenszwecken ausgegeben worden wären, sind dadurch im Inlande zurückgehalten worden und der gesamten Wirtschaft erhalten geblieben. Nachdem die Lage der Währung die Aufrechterhaltung einer so einschneidenden Maßnahme nicht mehr zwingend erfordert, kann nunmehr die Aufhebung der Verordnung erfolgen. Dies entspricht der bei Erlaß der Verordnung sofort erklärten Absicht, sie nicht länger aufrecht zu erhalten, als dies zum Schutze der Währung unumgänglich nötig ist.

Beschlagnahmefreie Werkwohnungen. Da angeblich zur Vermeidung von Betriebsstörungen, namentlich in landwirtschaftlichen Betrieben, es erforderlich sei, daß die mit dem Betrieb verbundenen Werkwohnungen der Betriebsangestellten zunächst im vollen Umfange zur Verfügung stehen, hat der preussische Justizminister darauf hingewiesen, daß die auf Herausgabe von Werkwohnungen lautenden Urteile wegen der eiligen Bedürftigkeit dieser Sachen mit größter Beschleunigung auszuführen sind und zu vollstrecken sind. Ist die Zwangsvollstreckung nach dem Urteile nicht von der Sicherung eines Strafrahmens abhängig, so haben die Gerichtsvollzieher nach Erläuterung der ihnen obliegenden Anzeige die Räumung unverzüglich durchzuführen.

Vermischtes.

Sechs Bergleute durch giftige Gase erstickt. Seit einigen Wochen wird der Erzbergbau in der sogenannten Giftdüfte bei Weipert an der böhmischen Grenze wieder betrieben. Donnerstag müssen die sieben dort tätigen Bergleute die über giftiger Gase angeschlagen haben, durch deren Ausströmen sie betäubt wurden. Sechs von ihnen konnten nur als Leichen geborgen werden. Der siebente und ein am Rettungsversuche beteiligter Obersteiger wurden mit schweren Verätzungserscheinungen ins Krankenhaus geschafft.

Acht Tage tot in ihrer Wohnung gelegen hat eine 71 Jahre alte Näherin Frau Marie Seinte in der Bergstraße 9 in Berlin. Die alte Frau litt an Herzkrämpfen und pflegte in Anfällen bei ihrer Nachbarin an die Wand zu klopfen. Am vergangenen Sonntag früh klopfte sie wieder an und schrie auch wie immer, wenn sie einen Anfall bekam. Die Nachbarin konnte ihr aber diesmal nicht helfen, weil Frau S. ihre Wohnung von innen verriegelt hatte. Sie beruhigte sich auch dabei, als das Schreien gleich aufhörte. Eine Kundin, die der Näherin einen Auftrag geben wollte, erhielt auf wiederholtes Klopfen und Klingeln keine Antwort. Beim Öffnen der Wohnung fand man die alte Frau tot im Bette liegen.

Eine Höllenmaschine aufgefunden. In Hannover ist in einem Hause in der Langestraße eine gebrauchsfertige geladene Bombe (Höllmaschine) von der politischen Polizei gefunden worden. Es handelt sich um eine Bombe mit Zetteln und mit einer viel stärkeren Ladung als sie die früheren in Hannover gefundenen enthielten. Als die Sicherheitsorgane in die betreffende Wohnung, in der der Explosionskörper aufbewahrt wurde, eindrangen, wollte eine Frau sich der Verhaftung durch einen Sprung aus dem Fenster entziehen. Sie zog sich geringfügige Verletzungen zu und wurde festgenommen. Ein Sohn von ihr wurde in Osnabrück verhaftet.

Von Wilderern erschossen. Bei einem Zusammenstoß mit Wilderern wurde der Jagdpächter und Kaufmann Richard Mellin aus Heinstedt erschossen. Er war auf sein gepacktes Knie bei Steddenburg gefahren. Frühmorgens ging der Wirt nach Steddenburg, um die dortigen Wilderern zusammen zu bringen, die ihn ohne weiteres erschossen. Beide, zwei Arbeiter, die in ihren Kreisen die Spitznamen „Fänger“ und „Dachs“ führen, flüchteten nach der Tat. Ihre Spuren führen nach Berlin. „Fänger“ heißt richtig Karl Schmidt, „Dachs“ Gustav Baumgarten. Es ist anzunehmen,

daß sie, da sie vollkommen mittellos sind, sich in Berlin durch Einbrüche weiter helfen werden.

Stadt. Kreis. Provinz.

Unsere grünen Schützen (Bürger-Schützenverein) hielten gestern ihr Königsschießen im Schützenheim in der Waldlage ab. Der Marsch vom Wallhause durch die Stadt, an der Spitze die Mißlassche Kapelle, lockte viele Zuschauer an, die dem Schützenzug in seiner kleidsamen Uniform das Geleit gaben. Auf dem Schießstande dröhnte bald Schuß auf Schuß und aus dem heißen Ringen gingen schließlich als Schützenkönig Friseurmeister Hunzinger, als erster Ritter Klempnermeister Schäfer und als zweiter Ritter Brunnenbauer Gliewe hervor. Bester Ringschütze wurde Kaufmann A. Knaut. Wir gratulieren den bewährten Scharfschützen!

Neue Ehrendoktoren. Die theologische Fakultät der Universität Greifswald hat anlässlich der Christianisierungsfeier den Generalsuperintendenten Kalmus in Stettin und den bekannten Forscher der pommerischen Geschichte Geheimrat Wehrmann in Stargard zu Ehrendoktoren ernannt.

Erhöhung der Militärrenten um 40 v. H. Im Zusammenhang mit der Aenderung der Beamtenbezüge ist an Stelle der bisher geltenden Erhöhung der Militärrenten um 24 v. H. mit Wirkung vom 1. 6. 1924 ab eine Rentenerhöhung um 40 v. H. getreten. Da die Versorgungsämter bei der Zahlung der Renten für Juni nur eine Rentenerhöhung von 24 v. H. berücksichtigen konnten, wird die Nachzahlung der restlichen 16 v. H. mit der Rentenzahlung für Juli, Ende des Monats Juni verbunden. Die Versorgungsämter legen demzufolge der Julizahlung eine Rentenerhöhung um 40 plus 16 gleich 56 v. H. zugrunde. Bei der Zusatzrente werden die für vorgestellten die Erhöhung um 40 v. H. bereits bei der Junizahlung, Mitte des Monats Juni, berücksichtigen.

Rügenwalde. In der Hansfabrerei stürzte die Arbeiterin Lene Ruffenow in den großen Brautessel. In ihrem Aufkommen wird gezwweifelt.

Rummelsburg. Unfall beim Sport. — Beim Fußballspiel auf dem Sportplatz brach sich ein jugendlicher des Schienbein, sodaß seine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig wurde.

Köslin. Fünf der Neustettiner Kommunisten, die das Sprengstoffpatent auf die „Norddeutsche Presse“ ausgeführt haben oder mitverdächtig sind, wurden hier in das Bezirksgefängnis eingeliefert. Die Anklage war streng geheim gehalten worden. Mit Ausnahme des Haupttätlers, Walter Entke, einem großen, kräftigen Manne, sind es jüngere Burschen. Entke, der bei dem Anschlag durch Stichflammen verletzt wurde, trug mehrere Kopfbinden.

Neustettin. Kommunistischer Ueberfall auf Bismärcker. — Sonntag abend gegen 11 Uhr wurden zwei junge Leute der Bismarckjugend, der Maschinenschlosser S. und der Gymnasiast K., die die Wache beim Neubau des Jugendheims hatten, ohne jeden Anlaß von mehreren Kommunisten überfallen. Es handelt sich nach den bisherigen Feststellungen um einen planmäßigen Ueberfall, der so plötzlich erfolgte, daß die beiden jungen Leute sich nicht zur Wehr setzen konnten. Beide wurden mit schweren Klüppeln sofort niedergeschlagen. S. wurde noch am Boden liegend mit Stiefelabsätzen am Körper und vor allem im Gesicht bearbeitet. S. erhielt am Boden noch mehrere schwerere Schläge über den Kopf. Die herbeigerufene Hilfe fand beide bewußtlos vor. Beide Ueberfallenen haben schwere Kopf- und Gesichtsverletzungen davongetragen. Die beiden Haupttäter sind ein gewisser Eichstädt aus der Lindenstraße und ein Zühlendorf aus der Steinstraße. Beide Täter stehen noch im jugendlichen Alter.

Neustettin. Am Freitag spätabends lehrten drei hiesige junge Leute von einer Segelbootspartie zurück. Nachdem sie das Boot abgetaktet hatten, fuhren sie mit einem Ruderboot zur Anlegebrücke. Hier hörten sie Gestöhn und Rufe: „Frieda, meine Frieda.“ Vorne an der Brücke lag im Wasser ein junger Mann, mit den Händen fest an das Gebälk geklammert. Mit vieler Mühe konnte er auf die Brücke geschafft werden, da anscheinend inzwischen Krämpfe eingetreten waren. Man schaffte den Bewußtlosen zur Polizeiwache, wo ein Arzt hinzugezogen wurde. Bis Sonnabend früh war das Bewußtsein noch nicht zurückgekehrt. Der junge Mann wurde zum städtischen Krankenhause gebracht. Personalien konnten noch nicht festgestellt werden.

Stargard. Der sozialistische Ueberfall auf den Jungsturm in Wangerin war vor dem hiesigen Großen Schöffengericht Gegenstand der Verhandlung. Angeklagt waren elf Personen, sämtlich aus Wangerin. Die Angeklagten wurden wegen Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis 1 Jahr sechs Monaten verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen und vier wurde Strafaussetzung bis 1. Juli 1927 gewährt.

Pasewalk. Viel Heiterkeit erregt es, daß die Sozialdemokraten ihren Wahlvorschlag zu den Ratsherrenwahlen ausgerechnet — 3 Minuten zu spät eingereicht haben. Mit aller Energie treten nun die Stadtverordneten dafür ein, daß der Wahlvorschlag abgelehnt wird.

Anklam. 3-Millionen-Auslands-Anleihe an die Stadt Anklam. — Unsere Stadtverordnetenversammlung hat wieder einmal eine bedeutungsvolle Sitzung hinter sich. Am Freitag hatte sie sich u. a. über die Annahme der Anleihe zu entscheiden, die der Stadt durch eine Berliner Vermittlung von einem ausländischen Geldgeber gegen Wechsel mit 3jähriger Laufzeit und entsprechender Sicherheit in städtischen Legenschaften gewährt werden soll. Der Zuschauerraum war überfüllt, sodaß sogar noch der Saal benutzt werden mußte. Das Hauptinteresse wandte sich dem Anleiheprojekt zu, dessen Beratung den längsten Teil der Sitzung ausfüllte. Trotz aller Bedenken gegen die Anleihebedingungen, die Stadt Müller namens der Rechten vortrug, und denen sich auch Sprecher der Linken nicht verschlossen, stimmten Sozialisten, Kommunisten, Mietergruppe und der Demokrat der Magistratsvorlage zu.

Letzte Meldungen.

Rosset und der Auswärtige Ausschuß. Berlin, 16. Juni. Die Erklärung, die Herriot am Sonntag gegenüber Pariser Journalisten über die Berufung des Generals Rosset zum Kriegsminister gegeben hat, hat in parlamentarischen Kreisen so großes Aufsehen erregt, daß sie wahrscheinlich morgen im Mittelpunkt der Debatte des Auswärtigen Ausschusses stehen wird. Der Auswärtige Ausschuß tritt am Dienstag vormittag um 10 Uhr zusammen, um

Erklärungen des Außenministers über die bisherigen diplomatischen Verhandlungen über das Sachverständigen-Gutachten und über die russische Frage entgegenzunehmen.

Die Streikgefahr bei der Eisenbahn endgültig beseitigt. Berlin, 16. Juni. Wie die L.-A. von autoterritorer Seite erfährt, ist die Streikfrage im Eisenbahnerkonflikt als beseitigt anzusehen.

Deutschlands herbende Wirtschaft.

München, 16. Juni. Nach Blättermeldungen hat der Arbeitgeberverband der Bayerischen Kohlenbergwerke der Gesamtbelegschaft am 10. Juni zum 26. Juni gekündigt, weil er die nach dem Schiedspruch für die Kohlenbergarbeiter zu zahlende 4prozentige Lohnzulage nicht zahlen könne. Kommt eine Einigung nicht zustande, so ist mit einer Aussperrung von etwa 5000 Arbeitern im bayerischen Kohlenbergbau zu rechnen.

Berlin, 17. Juni. Nach einer Meldung hat die Verwaltung der zur Oberschlesischen Eisenbahnbedarf-A.-G. gehörigen Friedenshütte sämtlichen Arbeitern, Angestellten und Beamten wegen Mangel an Aufträgen gekündigt.

Ein Münchener Mahnmahl. München, 16. Juni. Die Enthüllung eines Mahnmahls, das im Vorraum der Feldherrnhalle mit der Aufschrift „Herr mach uns frei!“ der Erinnerung an die losgetrennten und besetzten Gebiete gewidmet ist, gestaltete sich zu einer großen vaterländischen Feier. Vor der Feldherrnhalle hatten sich u. a. zahlreiche Mitglieder der königlichen Familie, ferner die Spitzen der staatlichen und der städtischen Behörden eingefunden. Nach der Ansprache von Professor Herold trat Kronprinz Rupprecht vor und richtete einige Worte an die Versammlung, worauf die Hülle fiel. Den Schluß der Feier bildete ein Vorbeimarsch sämtlicher Festzugsteilnehmer vor dem Kronprinzen.

Schlageters Verräter in Freiheit gesetzt? Kassel, 16. Juni. Dem „Jungdeutschen“ wird von bestreuten Kreisen mitgeteilt: Jene beiden Lumpen, die sich Deutsche nennen, und damals unseren Ordensbruder Schlageter dem Feind verrieten, seien nach vierzahnmonatiger Untersuchungshaft in Freiheit gesetzt worden. An zuständigen Stellen sei nichts zu erfahren.

Tschechische Deutschfeindlichkeit. Berlin, 16. Juni. Nach einer Meldung aus Prag erhielten bei den gestrigen Gemeindevahlen im Huldshiner Ländchen die deutschen Parteien 19 Mandate und die tschechischen nur 11. Trotz dieser deutschen Mehrheit sollen die deutschen Schulen im Huldshiner Ländchen aufgelöst werden.

Rumänische Seerüstungen. Bukarest, 16. Juni. Rumänien hat bei einer italienischen Werft vier Hochseetorpedoboote modernster Bauart in Auftrag gegeben, die für die Erweiterung der rumänischen Flotte im Schwarzen Meer bestimmt sind.

Handelsnachrichten.

Der Dollar 4 200 000 000 000

(unverändert)

Goldmark = 1 Billion.

	16. 6.	13. 6.	
	(In Billionen Mark)		
	8.	9.	8.
100 holländische Gulden	156,41	157,19	157,39
100 belgische Franken	20,05	20,15	19,15
100 norwegische Kronen	56,46	56,74	56,64
100 dänische Kronen	70,67	71,03	70,93
100 schwedische Kronen	110,72	111,28	111,28
100 dänischer Gulden	72,42	72,78	72,58
100 italienische Lira	18,10	18,20	18,30
1 englischer Pfund	18,10	18,19	18,14
1 Dollar	4,19	4,21	4,21
1 argentinischer Peso	1,34	1,35	1,35
100 französische Franken	23,34	23,46	22,31
100 schweizerische Franken	73,91	74,29	73,88
100 spanische Peseten	56,11	56,39	56,14
100 tschechische Kronen	12,27	12,33	12,30
100000 österreichische Kronen	5,89	5,91	5,91

Mittagsbörse (Antsch.) Getreide und Delsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen März 144—151, Roggen März 126—134, Pomm. 122—127, Braugerste 148—154, Futtergerste 137—143, Hafer März 126—134. Weizenmehl 21 50-23,75, Roggenmehl 18,50-21,25, Weizenkleie 8,70—8,80, Roggenkleie 8,80, Kaps 240. Vitoriaerbsen 19-20, Kleine Speiseerbs. 14-15, Futtererbs. 12-13, Pelusaten 10,50—11, Ackerbohnen 13-14, Wicken 11—12, Lupinen blaue 9—10, gelbe 13—14, Seradella 11—13, Rapskuchen 8,70, Feinkuchen —, Trockenknäuel 6,40, Kartoffelkoden 16, Torfmelasse Mischung 30-70 6.

Antlicher Berliner Frühmarkt. Hafer 150—154, Gerste 170—175, Torfmelasse 76, Roggenkleie 94—96.

Berliner Bütternotierung. Amtliche Preisfeststellung der Berliner Bütternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufverband Norddeutscher Volkereien, Berlin C. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 16. Juni 1924. 1. Qualität 1,30, 2. Qualität 1,25, abfallend 1,12 Goldmark. Tendenz: flau.

S. W. Feiges
Buchdruckerei
Stolz i. Pom.

Drucksachen

in ein- und mehrfarbiger Ausführung für Handel- und Gewerbetreibende sowie Behörden, Private u. Vereine

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Platzanweisung zum Schützenfest.

Die Anweisung der Plätze zum Schützenfest für Schau-, Würfel- und Verkaufsbuden findet am **Donnerstag, den 19. Juni nachmittags 5 Uhr** und für Verkaufstische am **Sonnabend, den 21. Juni vormittags 9 Uhr** auf dem Stephanplatz statt.

Für Verkaufstische ist das Standgeld am Freitag nachmittag von 3 bis 6 Uhr im Rathaus, Zimmer 4 zu entrichten. Platzanweisung erfolgt nur gegen Vorzeigung des Nachweises über erfolgte Zahlung.

Stolp, den 17. Juni 1924.

Die Polizeiverwaltung.
Der Oberbürgermeister.

Schaufeln, Spaten
Heu- und Dunggabeln
Kartoffel- und
Steingabeln
mit und ohne Stiel

Kartoffelhacken
Kreuz- und Spitzhacken

empfehlen billigst

E. G. Meyer

Inhab. P. Kranitzki

Fernspr. 16 u. 91. Stolp i. P. Hospitalstr. 5.

Leinenhaus J. Bartels Wwe. & Sohn,
Friedland, Bezirk Breslau
empfehlen

**Leinen, Halbleinen und
Baumwollwaren**

zu niedrigsten Preisen.

Spezialität: Taschentücher und Wattierleinen.



Herren - Stoffe

vom Stück
in allen Stoffarten
und jeder Preislage.

Kammgarne - Gabardine

Cheviots - Melton

Tuche - Flausche

Kords - Loden

Zwirne - Leinen

auch geeignet für

Damen-Kostüme und Mäntel

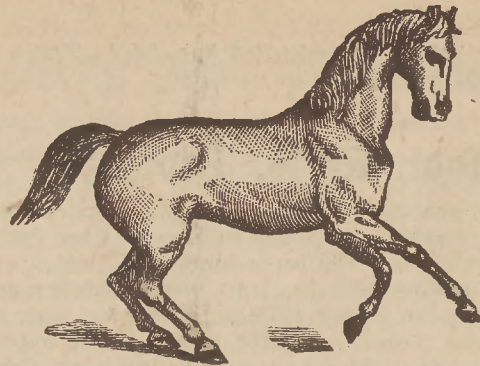
p. Meter 3.- 4.50 7.- 8.50

10.- 12.- 15.- 18.- 21.- 24.-

Grösste Auswahl. Ständige Neuheiten.

Hermann Mundi

Stolp - Neutorstr. 4
gegenüber Hotel 'Kaiserhof'



Ständig große Auswahl in guten jungen

Ermländer

Udlerpferden

und anderen Gebrauchspferden

C. Daber, Pferdehandlung

Grüner Weg 50.

Fernspr. 233.

Jeder Stand trinkt **Brandt**

Aechter

Brandt

Coffee

Marke

»Pfeil«

Vollkommenster Kaffeezusatz
nicht immer der billigste, aber
der **beste** von **Qualität**
und daher doch am preiswertesten!
In jedem einschl. Geschäft zu haben!

Offerierte zu billigsten Preisen

Bau- und Tischler-Holz
Rauhspund u. Hobeldielen
Fukleisten in bekannter Höhe

Leopold Moeller

Rüsterstraße 36.

Fernsprecher 780.



Hokus, pokus

Erdal gibt die Kraft,
Schon glänzen die Schuhe
zauberhaft.

Erdal

Werner & Mertz A.-G. Mainz

**Kernleder-
Treibriemen**
**Kamelhaar-
Treibriemen**

in nur **ersten Qualitäten**
und gangbaren Dimensionen zu
soliden Preisen vorrätig.

Franz Bartels & Co.,
Stolp, Präsidentenstraße 19.
Fernruf 133.

Zur Reise- u. Badezeit

empfehlen wir zu äußerst günstigen Preisen
Sportanzüge, Breecheshosen,

Codenmäntel,

Badetrikots in allen Größen,

Badekappen,

Bademäntel, Badelaken.

**Beamten-Wirtschafts-
Genossenschaft**

e. G. m. b. H.

Stolp i. Pom.

Schulstraße 7.

**Sorgt für die Erhaltung
der städtischen Volkstüche**

durch Geldspenden bei den Banken und
Kassen und durch Liebesgaben, die in der
Volkstüche wochentags von 9 Uhr vor-
mittags bis 5 Uhr nachmittags entgegen-
genommen werden.

Die städt. Volkstüche
Reitbahn, Fernruf 1009.

„Ich war am ganzen Leibe mit
Flechten befallen, welche
mich durch das ewige Quälen
Tag und Nacht peinigten. In 14
Tagen hat Zucker's Patent-Medizin-
Seife das Übel beseitigt. Diese Seife
ist Hunderte wert. Serg. W. Zucker
Zucker-Creme (nicht fettend u. sehr
haltig). In allen Apotheken, Drogerien
und Parfümerien erhältlich.“

Lohnschnitt

übernehme jedes Quantum.
Kaufe Kief. und eich Lang-
holz in kleineren u. größeren
Posten; desgl. biete an
Schnittmaterial, Balken, Kante-
holz, Latten (auch nach Länge
geschnitten) sowie Kalk, Zement
und andere Baumaterialien.

Paul Schulz

Baugewerk und Dampf-
sägewerk

Amtsstraße 25/26.

Metallbetten

Stahlmatrizen, Kinderbetten
dir. an Priv., Katal. 91 L. frei.

Eisenmöbelfabr. Suhl (Schiff)

Einfach möbl. Zimmer

von einem Herrn von Jagel
gesucht. Angebote unter B.
415 an die Geschäftsst. d. B.

**Ev. kirchl. Blauenberg-
verein:**

Donnerstag, den 19. Juni
1924 abds. 8 1/4 Uhr
Sammlung in dem Saal der
Schloßkirche.